

Berlin - Essener Resolution der deutschen Ärzteschaft (24. März 2006)

1. Wir fordern, die **freie Arztwahl** durch die Patientinnen und Patienten beizubehalten und die Unabhängigkeit und **Freiberuflichkeit der Ärzte** zu sichern.
2. Wir fordern für unsere Klinikärzte international **konkurrenzfähige Gehälter**, die **Bezahlung aller Überstunden** und die **Anerkennung von Bereitschaftsdiensten** als vollwertige Arbeitszeiten.
3. Wir lehnen den uns von Politik und Kassen aufgezwungenen, überflüssigen und monströsen **Bürokratismus** ab. Er stiehlt uns die Zeit für die Patientenversorgung. Wir lassen uns nicht weiter zu Erfüllungsgehilfen einer staatlichen Rationierungsbürokratie degradieren.
4. Wir fordern die **Sicherstellung einer wohnortnahen ambulanten Haus- und Fachärztlichen Versorgung** durch unabhängige Ärzte, eine Mindestvergütung auf Basis des versprochenen Punktwertes von 5,11 Cent, das **Ende der Budgetierung** ärztlicher Leistungen sowie den **Erhalt der privaten Krankenvollversicherung**.
5. Wir sind gegen eine **staatlich diktierte Listenmedizin** und eine **auf Rationierung ausgerichtete Einheitsgebührenordnung mit staatlich diktierten Dumpingpreisen** – beides führt zu inakzeptablen Qualitätseinbußen in der Medizin.
6. Wir fordern von der Politik endlich öffentliche **Ehrlichkeit** und eine **Stützung des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt**. Für Rationierungen sollen diejenigen einstehen und sich verantworten, die meinen, sie anordnen zu müssen.
7. Wir lehnen jede **Koppelung des Ordnungsverhaltens der Ärzte an ihre Vergütung** ab. Bonus-Malus-Regelungen sind unmoralische Angebote und dienen nur dem Zweck, die **staatlich gewollte heimliche Rationierung** unter Demontage der ärztlichen Integrität am Patienten zu vollstrecken.
8. Wir lehnen jede **Abwälzung des Morbiditätsrisikos** sowie der **Mehrkosten medizinischer Innovationen** unserer alternden Gesellschaft auf die Ärzte ab.
9. Wir lehnen die Einführung der "**Elektronischen Gesundheitskarte**" ab, so lange die Unverletzlichkeit der Patientendaten nicht gesichert ist und so lange keine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse vorliegt. Wer den wirtschaftlichen Nutzen an der „eCard“ hat, soll auch deren Kosten tragen.
10. Wir fordern den Wechsel zum **Kostenerstattungsprinzip** im deutschen Gesundheitswesen, damit für Patient und Arzt Transparenz hergestellt wird und der Arzt wieder ausschließlich Anwalt seiner Patienten sein kann.

In unserer Demokratie müssen alle Bürgerinnen und Bürger als mündig und selbstverantwortlich ernst genommen werden. Dazu gehört notwendig die Freiheit, über den Umfang der eigenen Gesundheitsversorgung frei von Bevormundung durch Staat oder Kostenträger selbst und eigenverantwortlich bestimmen zu dürfen.

Diese „Berlin - Essener Resolution“ ist Konsens der deutschen Ärzteschaft (www.protesttag.de) und zahlreicher ärztlicher Verbände sowie der Initiatoren der „Essener Resolution“ (www.essener-resolution.de), die unter anderem in Nordrhein von der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer mitgetragen wird.
V.i.S.d.P.: Freie Ärzteschaft e.V. - Martin Grauduszus, Bergstrasse 14 in 40699 Erkrath